



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT STUTTGART



An die Lokalredaktionen
der Stuttgarter Medien

Stuttgart, 19. Oktober 2018

Pressemitteilung

Ein Zeichen der Humanität!

Die Gemeinderatsfraktionen der GRÜNEN und der SPD, die Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-PluS und die Gruppe der FDP im Stuttgarter Gemeinderat fordern die Landeshauptstadt Stuttgart auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, speziell aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen und zu erklären: Auch Stuttgart will und kann in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen!

„Seenotrettung ist weder eine Sache von ‚Pro und Contra‘ noch verhandelbar. Es ist eine Pflicht und Selbstverständlichkeit aller“: Die beiden Initiatoren des heute eingereichten Antrags, Andreas Winter, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, und Hannes Rockenbach, Vorsitzender von SÖS-Linke-PluS, wollen diese Haltung auch von Stuttgart aus an die Bundesregierung klarstellen.

Beide begrüßen, dass sich mit GRÜNEN, SÖS-LINKE-PluS, SPD und FDP eine Mehrheit im Gemeinderat gefunden hat, die ihre humanitäre Verantwortung annimmt und sich der Vorgehensweise anderer deutscher und europäischer Städte anschließen will, und hoffen, dass auch CDU und Freie Wähler dem Antrag zustimmen werden.

Eine große Mehrheit in Europa ist für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer haben sich bereits mehrere europäische Städte – darunter Barcelona und Neapel wie auch die Städte Köln, Bonn und Düsseldorf – bereit erklärt, Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, aufzunehmen. Die Oberbürgermeister*innen der Städte Köln, Düsseldorf und Bonn appellierten mit einem Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel, „ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration

Geflüchteter“ zu setzen. Ebenso erklärte sich der Berliner Senat bereit, Bootsflüchtlinge aufzunehmen.

Auch die seit Jahren gelebte große Hilfsbereitschaft in Stuttgart macht deutlich, dass sich die Bürger*innen nicht durch verantwortungslose Reden auch hochrangiger Politiker beeinflussen lassen. So waren die Kundgebung „Gemeinsam Vielfalt leben“ am 14. September dieses Jahres und die dort vom Oberbürgermeister gehaltene Rede wichtige Zeichen, um deutlich zu machen: menschenverachtende, diskriminierende Reden, Hetze und Sündenbockparolen haben in Stuttgart keinen Platz.

Der nun vorliegende Antrag ist für die Landeshauptstadt Stuttgart eine weitere Bestätigung dieser Haltung. „Angesichts der Tatsache, dass es täglich Todesopfer im Mittelmeer gibt, halten wir es für geboten, dass die weltoffene, internationale und Vielfalt fördernde Stadt Stuttgart diese an sich selbstverständliche Haltung offensiv vertritt“, so Winter.

In den letzten Monaten wurden immer mehr Schiffe daran gehindert, in Seenot geratene Geflüchtete zu retten. Der Versuch, die Lebensretter*innen zu kriminalisieren, ist ein unerträglicher Eingriff in das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

„Es muss sichere Fluchtwege geben und eine Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung. Die Festsetzung von Schiffen mehrerer Organisationen wie der ‚Sea Watch‘, ‚Sea Eye‘ und ‚Life-line‘ muss sofort beendet werden“, betont auch der flüchtlingspolitische Sprecher Luigi Pantisano.

Anlage: Antrag „Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM GEMEINDERAT
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Tel: 0711 216-60724 | 0711 216-60722
gruene.fraktion@stuttgart.de
Lust-auf-Stadt.de

Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
telefon 0711 216-60778
e-mail soeslinkeplus@stuttgart.de
web www.soeslinkeplus.de